

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieckschrift: Redaktion Dresden.
Gesamtnummer 25 241.
Preis für Nachdruckpreise: 200 Pf.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Presse.

Druck und Vertrieb bei täglich zweimaliger Zeitung oder durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf montags 14.—M., mittwochs 12.—M.,

Die einzige 32 mm breite Seite 4.—M. Bei Familienanzeigen, Anzeigen unter
Stern u. Auskunftsvermerk, Uppigste Ein. u. Verhältnis 25%. Vorzugspreise laut
Tafel. Ausland: Mehrfache Preis. Normalsatz. Einzelblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptredaktionsschreiber:
Maximilianstraße 36/40.
Druck und Verlag von Siegert & Reichert in Dresden.
Postleitzahl-Konto 1008 Dresden.

Abdruck nur mit derselber Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) erlaubt. — Nur ehrliche Schriftsteller werben nicht aufbewahrt

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks
Erlösung von Zins- und Gewinnantell-
scheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schloßthofring 7.
Wettinerstraße 58, Große Markthalle, Blauplatz 2, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren
Stahlfächern unter Verschluß des Mieters
und Mitverschluß der Bank.

Die endgültige Verlagerung von Genua.

Die amtliche Mitteilung Italiens.

Nom. 23. Febr. Amtlich wird mitgeteilt, daß es infolge der langen Dauer der Ministerkonferenz der italienischen Regierung nicht möglich sei das Datum des 8. März für den Zusammenschluß der Genuaer Konferenz anzurichten zu erhalten. Die Regierung habe infolgedessen einen kurzen Aufschluß beschlossen und diesen Beilicht durch ein Standestelegramm allen zur Konferenz geladenen Regierungen mitgeteilt. Gleichzeitig habe sich die italienische Regierung mit den Alliierten in Verbindung gesetzt, um durch ein gemeinsames Abkommen ein neues Datum festzulegen. Die Vorberichtigungen seien für die Konferenz gehen weiter. (B. T. B.)

Die endlose italienische Regierungskrise.

(Eigner Drahtbericht der „Dresd. Nachrichten“.) Nom. 24. Febr. Die Krise dauert weiter an. Die Kaminer bestreitet mit der Kabinettbildung Fracca, doch scheinen die Populisten ihn als einen eingestandenen Schwertträger willig abzulehnen. Der König hatte sich an Giolittis früheren Finanzminister Fracca gewandt, aber Fracca lehnte es ab, mit de Nicola und Orlando ein Kabinett zu bilden, wie diese beiden vorschlagen hatten. Jetzt taucht daher wieder Bonomis Name auf und vieler scheint die wirklich einzige Lösung ein neues Kabinett Bonomi an sein. Wie lange dieses aber dann an leben habe, ist eine andere Frage. — Wie von anderer Seite verlautet, arbeitet Fracca im Inneritaliens mit einigen hervorragenden Parlamentariern für ein Verständnis zwischen dem Kabinett unter dem Vorsitz Tittonis, der auch das Ministerium des Außenrechts übernehmen würde.

Die verschwundenen Differenzen zwischen Lloyd George und Poincaré.

(Eigner Drahtbericht der „Dresd. Nachrichten“.) London, 24. Febr. In diplomatischen Kreisen herrscht allgemeine Erleichterung darüber, daß die Differenzen zwischen Poincaré und Lloyd George verschwunden seien. Die Unterhaltung wird ausdrücklich als privat und informell bezeichnet und soll außer den ihm beobachteten Fragen Einzelheiten über den englisch-französischen Pakt berühren. Im Unterhause erklärte Lloyd George gestern nachmittags auf Anfrage des Kapitäns Bonn, bei dem unbekannten Stand der Dinge könne die Regierung sich nicht dazu verneinen, eine spezielle Diskussion über das Programm in der Konferenz von Genua anzusehen. Das Haus wird Gelegenheit haben, sich über dieses Programm und über die Konferenz später genügend ausszufahren. Die gestrige Sitzung des Internationalen Ausschusses zur Vorbereitung des Konkordats zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas wurde ebenfalls bei verschlossen in Frankreich abgehalten. Als Vertreter Deutschlands wohnten Dr. Bergmann und Kemmerer bei.

Berlin, 24. Febr. Nach Meldungen aus London und Paris hat es den Anschein, daß die Verhandlungen zwischen

Lloyd George und Poincaré in Boulogne stattfinden werden, und zwar am Sonnabend.

Französischer Sühnewahn in inn.

(Eigner Drahtbericht der „Dresd. Nachrichten“.) Paris, 24. Febr. Der „Tagess-Anz.“ meldet aus Paris: Die Pariser Presse führt fort, die Vorgänge in Gleiwitz nationalistisch erregt zu beurteilen. Wie auf Kommentare schreiben „Temps“, „Matin“ und „Journal“, daß in Gleiwitz die Ehre Frankreichs genanzt sei, wie seinerzeit in Böhmen. „Journal des Débats“ fordert eine schnelle Normalisierung der Sühneforderung Frankreichs von Deutschland und zwar nicht nur in Gold, sondern auch in Garantien durch den Druck einer Verlängerung der Besetzung in Oberschlesien. Die Benutzung müsse auch durch die Stadt Gleiwitz gestoppt werden und die kommunalen Behörden seien zu entfernen. Der „Matin“ kündigt eine neue parlamentarische Entscheidung an, die den Deutschen die Kriegsschäden (!) zugeschlagen müsse, wenn sie nicht freiwillig die Propaganda in Oberschlesien gegen das französische Besetzungsheer einstellen.

Eine deutsche Genugtuungsforderung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. Febr. An der der Antiketten-Kommision für Oberschlesien überreichten Note wird um schleunige Auflösung des Falles der Ermordung des deutschen Machtmittlers Rosenthal durch einen französischen Soldaten, Bestrafung des Schuldigen und angemessene Unterstützung des Unterbleibenden des Opfers verlangt. Die deutsche Regierung hat sich bereit erklärt, Zeugen zu stellen. Die Kleine Entente gegen die Bevormundung durch den Obersten Rat.

Berlin, 24. Febr. Bei der Befreiungsberatung zwischen polnisch und französisch wurde vereinbart, daß die Staaten der Kleinen Entente gemeinsam den Obersten Rat aufzufordern sollen, künftig keine Fragen, die die Tschechoslowakei, Südmakedonien, Rumänien oder Griechen betreffen, ohne vorherige Abschaffungen zwischen dem Obersten Rat und diesen Staaten zu behandeln.

Bukarest, 24. Febr. Der Minister des Äußeren Röthlich erklärte, die Sachverständigen der Kleinen Entente würden am 2. n. R. in Belgrad im Hinblick auf die Genuaer Konferenz zusammentreten. Diese Zusammenkünste würden wiederholt werden und zur Festlegung einer gemeinsamen Politik führen.

Deutsche Volkspartei und Steuer-kompromiß.

Berlin, 24. Febr. Gestern nachmittag sonderte im Reichstag eine Gruppe von Vertretern des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten nach, in der über das Steuerkompromiß beraten wurde. Der Reichs-kanzler Dr. Wirth und der Finanzminister Hermann nahmen davon teil. Es lag der Entwurf eines Mantelgesetzes vor, das zugleich das Gesetz über die Zwangsabgabe umfaßt. Minister Dr. Hermann wird in der Frage des Mantelgesetzes sich auch mit der Deutschen Volkspartei in Verbindung setzen, die, wie man annimmt, auch bei der endgültigen Formulierung und Verabsiedlung des Gesetzes mitwirken wird. (2)

Kahr Reichspräsidentenwahlkandidat?

Berlin, 24. Febr. In führenden Kreisen der Deutschen Nationalen Volkspartei soll nach der „B. J.“ die Absicht bestehen, den ehemaligen bairischen Ministerpräsidenten v. Kahr als Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten aufzustellen.

Steck in den Mainzer Opelwerken.

Mains, 24. Febr. 4000 Arbeiter der Opelwerke streiken, weil die Werkleitung die Forderung auf Vorbereitung mit den Aktenwerken in Frankfurt ablehnt hat.

Regierung und Reichsgewerkschaft.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. Febr. Die Kommission der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner wurde gestern nicht vom Reichs-kanzler persönlich empfangen, sondern von einem Beamten. Der Reichsverkehrsminister hatte es, wie bekannt, abgelehnt, mit Vorstandmitgliedern der Reichsgewerkschaft Verhandlungen zu führen, gegen die als Urheber des Gesetzes ein Disziplinarverfahren schwiebt. Die Reichsgewerkschaft sieht auf dem Standpunkt, daß ihre Vorstandsmittel eben nicht als dem Minister unterstellt seien mit ihrem Vorzeiten, sondern als Gewerkschaftsvertreter verhandeln wollen. Außerdem würden jetzt gegen alle Vorstandsmittel Disziplinarverfahren eingeleitet werden.

Berlin, 24. Febr. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft ist heute vormittag erneut zusammengetreten, um zu der abschließenden Haltung des Reichsverkehrsministers gegenüber der Verhandlungskommission der Eisenbahnerbeamten Stellung zu nehmen. Ein Beschluß ist bis zur Stunde noch nicht gefasst. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß erneut die Vermittlung des Deutschen Beamtenbundes angerufen wird, um die Verhandlungen in Gang zu bringen. Es zeigt sich jetzt, nachdem die Erregung unter den Eisenbahnerbeamten und -Arbeitern nachzulassen begonnen hat, daß der Aktionsausschuss der Reichsgewerkschaft nicht die Mehrheit der Eisenbahnerbeamten und -Arbeitern hinter sich hat, sondern daß schon jetzt weite Kreise zu der Erkenntnis kommen, daß die durch den Streit in den Vordergrund gerückten Fragen nicht durch die von der Reichsgewerkschaft getriebene Machtpolitik zu lösen sind.

Es sollen aber, wie verlautet, einige frühere Vorstandsmitglieder der Reichsgewerkschaft, die sich gegen den Streit ausgesprochen haben, bald erneut gesetzt werden. Man glaubt nun, daß ein Ausweg in dem Konsilium da durch gefunden werden könnte, daß die bei Laubach den Vorstandsmitglieder veranlaßt werden, die Verhandlungen mit dem Verkehrsminister zur Klärung der Richtlinien für die Disziplinarverfahren zu führen.

Abschluß der deutsch-lettischen Wirtschaftsverhandlungen

(Eigner Drahtbericht der „Dresd. Nachrichten“.) Riga, 24. Febr. Wie die „Rigaer Rundschau“ mitteilt, sind die lettisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen bereits abgeschlossen worden, so daß die Unterzeichnung des Abkommens in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Nach Unterzeichnung des Abkommens wird die lettändische Delegation nach Riga zurückkehren, um es der Konstituante zur Ratifizierung vorzulegen.

Belgien zur Ausdehnung des Wiesbadener Abkommens.

(Eigner Drahtbericht der „Dresd. Nachrichten“.) Rotterdam, 24. Febr. Der „Courant“ meldet aus Brüssel: Der Kammerausschuss verwarf mit allen gegen die Stimmen das Wiesbadener Abkommen aus formalem Grunde. Mit dem Inhalt eines gleichen Abkommens, das alle Kriterien umfaßt, erklärte sich der Ausschuss einverstanden.

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. Febr. Auf eine Anfrage des Abg. Bruhn (D. N.), ob das Verfahren gegen Georg Sklarz tatsächlich vom Justizministerium eingestellt worden sei, wurde regierungsteilig erwidert, daß eine Antwort vom Justizministerium noch nicht vorliege. (Rachen rechts). — Abg. Banden (D. N.) führt Beschwerde, weil die von Banden vorgenommenen bis heute noch nicht befehlte wurden sind. Regierungsteilig wurde entgegnet, daß die Belieferung der Maidsburgscheine seit einigen Wochen in Städten geraten sei, weil die Creditbeschaffung schwierigkeiten mache und die alten Bestände vom Vorjahr aufgebraucht seien. Nach nunmehr erfolgter neuer Creditbeschaffung stehe der Weiterbelieferung nichts mehr im Wege. — Auf eine weitere Anfrage wurde seitens der Postverwaltung erwidert, daß die Briefkisten über abgesetzte Telegrammschriften revidiert werden sollen.

Das Gesetz zur Bekämpfung für Geschlechtskrankheiten geht an den Repräsentantenhausauschuss. Es folgt der fünfte Nachtrag zum Haushaltplan, der im wesentlichen

widerrückliche Beihilfen für Beamte

in teuren Orten bringt. Der Auschluß schlägt eine Entschließung vor, wonach die Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten als Überzeugungsmaßnahme zu betrachten und mit der beworbenen grundsätzlichen Förderung der Beamtenbefördung abzubauen ist. Das Reich wird erachtet, auf die Länder darin zu wirken, daß sie aus den letzten Befördungsregelungen noch rückständigen Beiträge und die jetzt gewährten Übersteuerungszuschüsse sofort ausgezahlt werden. Seitens der Sozialdemokratie wurde beantragt, daß die Wirtschaftsbeihilfe nur bei Gehältern bis zu 4400 M. gewährt werde. Die höheren Gruppen brauchen den Zuschuß nicht.

Abg. Schmidt-Stettin (D. N.): Die Regierung hat trotz ihres gegenwärtigen Verreibens wieder mit den Gewerkschaftsvertretern verhandelt. Durch die Wirtschaftsbeihilfe werde nur Beunruhigung bei den Beamten in den Orten hervorgerufen, die keine Beihilfe erhalten. Nur 250 Orte sind berücksichtigt, 5000 gehen leer aus. Wir haben uns deshalb im Auschluß nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß die Wirtschaftsbeihilfe mit dem Interesse der neuen Befördungsordnung am 1. April wieder fortsetzt. Den sozialdemokratischen Antrag lehnen wir ab. Die Reihe betrifft auch die höheren Befördungsgruppen.

Abg. Morath (D. N.): Die Zustimmung zu den Beihilfen wird uns erleichtert durch das Versprechen des Finanzministers, daß sie nach abgabtidiger Neuregelung der Befördlung wieder fortsetzen sollen.

Bei Schluß der Redaktion dauern die Verhandlungen noch an.

20 prozentige Ermäßigung der Zigarettensteuer.

Berlin, 24. Febr. Durch Verordnung des Reichsministers der Finanzen vom 23. Februar wird die Tabaksteuer für Zigaretten im Kleinverkaufspreis von 25, 30, 40 und 50 Pf. das Stück mit Wirkung vom 15. März d. J. ab 20 Prozent ermäßigt.

Steuerliche Preise in der Tuchindustrie?

Berlin, 24. Febr. Eine hier abgehaltene Mitgliederversammlung der Deutschen Tuchkonvention sprach sich für Einführung geringerer Preise aus.

Die Körperschaftssteuer im Auschuß.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 24. Febr. Der Reichsaggressionszuschuß für Steuerfragen verabschiedete heute das Körperschaftssteuerneuergebot. Die Dividendensteuerung wurde wie folgt geregelt: Sind in dem Gewinn einer Körperschaftsteuer unterliegenden Gewerkschaften enthalten, so werden, wenn das gesamte neuverbaute Einkommen 300 000 M. nicht übersteigt, 15%, wenn es mehr als 300 000 M. aber nicht mehr als zwei Millionen Mark beträgt, 12½%, und wenn es mehr als zwei Millionen beträgt, 10% des auf volle Laufzeit nach unten abgerundeten Betrags der um die Kapitalertragssteuer gesetzten Gewinnanteile auf die Gewinnerwerber oder Körperschaftssteuer angerechnet. Würde einem Gewerkschaften durch die Anordnung des niedrigeren Hunderttausens ein geringeres Einkommen verbleiben, als wenn kein solches Steuerentommen die Einkommengrenzen nicht übersteigen hätte, so wird der höhere Hunderttausand auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angeholt.

Linksradikale Kundgebungen

gegen die Auslieferung der Dalo-Mörder.

(Eigner Drahtbericht der „Dresd. Nachrichten“.) Berlin, 24. Febr. Gegen die erfolgte Auslieferung der Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato an die spanische Regierung haben Unabhängige, Kommunisten und Mehrheitssozialdemokraten in Interpellationen im Reichstag angeklagt. In der Interpellation der Kommunisten wird die Auslieferung als politische Handlung der Reichsregierung schärfstens angeklagt und verurteilt. Der Vollsitzung der Groß-Berliner Beiratsbüro ist zu Plakatkundgebungen des deutschen Proletariats gegen die Haltung der Reichsregierung aufgefordert.